



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24834-39
Fernschreiber 0886890

E/XII/102 - 4.5.1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Nach der Bonner NATO-Konferenz	S. 1
Politik der Einkreisung	S. 3
Berufswahl und die zweite industrielle Revolution	S. 4
Das Postministerium - Propagandastelle der Bundesregierung	S. 7
Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfall	S. 8

"Bilanz"

G.M. Beinahe fluchtartig verliessen noch in der Nacht vom Freitag zum Samstag die ausländischen Journalisten und die meisten Delegierten der NATO-Staaten die provisorische Bundeshauptstadt Bonn, wohin sie gekommen waren, um an der "allergrößten Tagung in Deutschland nach dem Kriege" teilzunehmen. Die meisten von ihnen waren verärgert. Grund genug hatten sie dazu, denn selten verdient wohl der Ausgang einer internationalen Tagung wie diese NATO-Konferenz die Bezeichnung "Hornberger Schiessen".

Mit einem Propagandaaufwand ohnegleichen hatte das offizielle Bonn diese NATO-Tagung auf deutschem Boden als den "Markstein in der Entwicklung der Zusammenarbeit der westlichen Welt" darzustellen versucht. Herausgekommen ist dabei so gut wie nichts, wenn man davon absieht, etwa das dürftige Abschlussekommuniqué als "Bilanz" zu bezeichnen.

Man hat weder die Differenzen unter den NATO-Mächten beseitigt, die während und nach der Suez-Krise entstanden sind, noch hat man die nun schon seit langer Zeit andauernden Spannungen zwischen den NATO-Mitgliedern Griechenland und England wegen der Zypernfrage ausgeglichen, noch hat man die erheblichen Meinungsverschiedenheiten über die Verfügungsgewalt und Stationierung von Truppen zu klären versucht. Um das Problem der atomaren Bewaffnung ist man herumgegangen wie die Katze um den heißen Brei, wobei noch nicht sicher ist, ob man dies getan hat, um sich bei den Londoner Abrüstungsverhandlungen den Rücken freizuhalten, oder um Herrn Dr. Adenauer vor der Bundestagswahl nicht in die Verlegenheit zu

bringen, sich entscheiden zu müssen.

Selbstverständlich wurde auch die deutsche Wiedervereinigung angesprochen. Wie sollte es auch anders sein? Aber gerade hier muss festgehalten werden, dass wir lediglich um eine platonische Liebeserklärung bereichert worden sind. Wie man die Wiedervereinigung erreichen will, welche politischen Mittel angewandt werden müssen, um einen Schritt weiterzukommen, darüber ist auf der Bonner NATO-Tagung kein Wort gesagt worden. Man hat sich damit begnügt, längst bekannte Thesen zu wiederholen, von denen Herr Bundesausserminister von Brentano selbstgefällig in einer Pressekonferenz erklärte, sie seien "von den anderen NATO-Vertretern mit grosser Befriedigung aufgenommen" worden...

Das Ganze war also eine "show"; möglicherweise sogar nur veranstaltet, um Herrn Dr. Adenauer Gelegenheit zu geben, eine Rede zu dem fragwürdigen Motto seines noch fragwürdigeren NATO-Wahlplakates zu halten. Dafür all der Aufwand.

Obwohl man sich also damit begnügt hat, der "Galorie" etwas zu bieten, sind bei dieser NATO-Tagung einige Aspekte zutage getreten, die beachtet werden sollten. So hat man erfahren können, dass die Mehrheit der westlichen Aussenminister - besonders aber Dulles, Selvin Lloyd und Eisenhower - sehr berührt gewesen sein sollen, nichts zu tun oder zu sagen, was den Verlauf der Abrüstungsverhandlungen in London stören könnte. Und etwas anderes: Es ist kein Geheimnis geblieben, dass der Aussenminister der Bundesrepublik, Herr Heinrich von Brentano, eine "gewisse Besorgnis" geäussert hat, die Briten und Amerikaner könnten möglicherweise der Sowjetunion "zu weitgehende Konzessionen" in der Abrüstungsfrage machen. Eine grosse westdeutsche Zeitung schreibt hierzu, "der amerikanische Aussenminister Dulles beruhigte alle Minister. Auch der britische Aussenminister soll ähnlich beruhigend aufgetreten sein. Die Vertreter aller Staaten waren sich zum Schluss einig, dass die Gefahr einer leichtsinnigen Verhandlungsführung in London nicht bestände."

Auch ausländische Korrespondenten, die zu den Delegierten ihrer Heimatländer bei ähnlichen Konferenzen meist bessere Kontakte haben als deutsche Journalisten zu deutschen Delegierten, liessen durchblicken, dass sowohl Dr. Adenauer als auch Herr von Brentano eifrig bemüht gewesen sein sollen, die anderen Konferenzteilnehmer von der Notwendigkeit der Fortsetzung des "harton Kurses" zu überzeugen.

Die NATO-Tagung in Bonn wurde denn auch in letzter Minute noch dazu benutzt, den Status quo in Europa zu bestätigen und damit vor aller Welt das Geständnis abzulegen, dass man trotz grossartiger Erklärungen zugunsten der Wiedervereinigung Deutschlands keine trügende Idee zur Überwindung der Spaltung Deutschlands und Europas hat.

Als "Bilanz" dieser Bonner NATO-Tagung kann also der Tatbestand festgestellt werden, dass die deutsche Bundesregierung nicht bereit ist, durch eigene neue Initiative die Entspannung zwischen Ost und West zu fördern und dass sie sich ängstlich an die Rockschleuse derer hängt, von denen wir wissen, dass sie schon oft gesagt haben: "Wie können wir mehr für die Wiedervereinigung Deutschlands tun, als die Deutschen oder ihre gegenwärtige Regierung selbst zu tun bereit sind?"

Twining bestätigt Moskau

ap- Der Generalstabschef der amerikanischen Luftstreitkräfte, General Twining, hat in einem Bericht über eine Geheim-Konferenz, die im Februar vor einem Ausschuss des Repräsentantenhauses stattfand u.a. erklärt: "Im Effekt haben wir die Sowjetunion und den ganzen sowjetischen Block eingekreist." Er hat diese Feststellung mit Einzelangaben erläutert und in diesem Zusammenhang besonders auf den entscheidenden Wert der amerikanischen Luftstützpunkte im Ausland für diese Einkreisung hingewiesen.

Diese Erklärungen mögen auf viele Amerikaner, die in ständiger Furcht leben, von den Sowjets überfallen zu werden, sehr beruhigend wirken. Für die Sowjets selbst sind sie eine politisch willkommene Bestätigung ihrer These der effektiven Bedrohung durch die westliche Strategie, denn eine Formel wie etwa "wir haben die Sowjetunion in friedlicher Absicht eingekreist", welche also den defensiven Charakter der NATO mit der Tatsache des den ganzen Sowjetblock umspannenden amerikanischen Atomstützpunkt-netzes in Übereinstimmung zu bringen sucht, mag vielleicht sogar der Wahrheit entsprechen, für den Einkreisten, und darauf kommt es doch an, entbehrt sie jeder Überzeugungskraft. Besonders dann, wenn ein Mann wie Twining hinzufügt, 700 - 800 mit Atombomben ausgerüstete Flugzeuge könnten innerhalb von Stunden eingesetzt werden und die ersten könnten in 15 Minuten starten - auch von diesen Stützpunkten aus.

Das Bedürfnis nach Sicherheit ist für die Sowjetunion ein bestimmender Gesichtspunkt aller ihrer Überlegungen, auch wenn man diese Furcht vor den Folgen der bereits vollzogenen Einweisung einen Komplex nennen kann. Es waren westdeutsche Regierungsexperten für sowjetische Angelegenheiten, die auf einen Empfang aus Anlass der kürzlichen Diplomatenkonferenz in Berlin meinten, die Sorge vor einem Angriff aus der anderen Hemisphäre sei in Moskau wahrscheinlich grösser als anderswo. Die Sorge um ihre Sicherheit sei seit einiger Zeit gekoppelt mit Atomangst, verstärkt durch den messbaren Abschussbereich allenthalb erstellter Abschussbasen für Raketen ohne oder mit Atomköpfen. Das alles laste auf Stalins Epigonen wie ein Alptraum.

Nun ist der Oberste Sowjet zum 7. Mai einberufen, um eine Dezentralisierung der Wirtschaft zu beschliessen. Gäbe dieses oberste Gremium der Sowjetunion seine Genehmigung zu den Chruschtschow-Plänen, dann

könnte zumindest für die Zeit der Umstellung eine Aggressionsfähigkeit der Sowjets in Zweifel gezogen werden. Auf der anderen Seite wäre es verständlich, wenn die Sowjets gerade auch im Hinblick auf diesen schwierigen und langwierigen Prozess grösstmögliche Sicherheit wünschen. In diesem Zusammenhang ist wohl auch die Tatsache zu stellen, dass die Sowjets in ihrer letzten aufgeregten und gewiss in vieler Hinsicht unklugen Note nicht weniger als dreimal von der Umwandlung der Bundesrepublik in den amerikanischen Haupt-Start-Raum, in einen Startplatz für amerikanische Atomgeschosse bzw. einen Atomstützpunkt der NATO gesprochen haben.

* * *

Bedenkliche Entwicklung in der Lehrlingsausbildung

Die zur Verfügung stehenden Ausbildungsstellen für den Nachwuchs können in diesem Jahr noch weniger als im Vorjahr voll besetzt werden. Die Zahl der Schülertlassenen zu Ostern betrug nur 744 000 gegenüber 783 000 im Jahre 1956 oder gegenüber 951 000 im Jahre 1954. Die abnehmende Tendenz wird sich bis 1960 verstärkt fortsetzen, denn dann wird es nur noch 576 000 Schulabgänge geben. Diese Situation erfordert es, eine vernünftige Planung und Lenkung bei der Besetzung der Ausbildungsstellen vorzunehmen, die einerseits dem volkswirtschaftlichen Bedarf und dem gesellschaftlichen Interesse Rechnung trägt und andererseits selbstverständlich die Neigungen und Fähigkeiten der Jugendlichen berücksichtigt und ihnen ausserdem eine gewisse Sicherheit der Existenz in ihrem späteren Berufsleben gewährleistet. Diese Aufgabe stellt sich gerade in dem Industrieland Nordrhein-Westfalen, und es ist das Verdienst der von beiden Sozialpartnern getragenen "Gesellschaft für Soziale Betriebspraxis" in Düsseldorf, auf die Notwendigkeit einer Rationalisierung in der Berufsausbildung hingewiesen zu haben.

Berufsfremd beschäftigt

Leider zeigt sich nämlich auf diesem für die Zukunft unseres Volkes so lebenswichtigen Gebiet gegenwärtig eine bedenkliche Fehlentwicklung. In steigender Masse erfolgt eine Ausbildung überflüssiger Handwerker, die später nirgendwo in ihrem erlernten Beruf untergebracht werden können. So hat eine Untersuchung in acht Arbeitsamtbezirken Nordrhein-Westfalens ergeben, dass 60,5 Prozent der Fleischer, 52,8 Prozent der Bäcker, 52,2 Prozent der Schuhmacher, 50,2 Prozent der Schmiede, 48 Prozent der

4.5.1957

Priseure und 39,3 Prozent der Schlosser berufsfremd beschäftigt waren. Die entscheidende Ursache dieses starken Berufswechsels ist, dass die kleinen Handwerksbetriebe dieser Branchen eine Übergrosse Zahl von Lehrlingen ausbilden, die teils schon unmittelbar nach Beendigung der Lehrzeit, teils später berufsfremd werden müssen, weil das Handwerk sie nicht als Gesellen beschäftigen kann und auch die Industrie nicht in der Lage ist, sie in ihren erlernten Berufen als Facharbeiter zu verwenden.

Es wäre allerdings falsch, nur dem Handwerk die Schuld an dieser Fehlentwicklung zu geben, wenn auch nicht zu verkennen ist, dass manche Handwerkszweige in der kleinbetrieblichen Form im Rahmen einer hochindustrialisierten Gesellschaft nur noch dadurch existieren können, dass sie sich in einer möglichst grossen Zahl von Lehrlingen billige Arbeitskräfte kulten. Man hat aber seinerzeit, als die Zahl der Schulentlassenen noch um 200 000 jährlich höher und die Zahl der Arbeitsplätze geringer war, das Handwerk besonders dazu aufgefordert und es ihm als Verdienst angerechnet, möglichst viele junge Menschen in die Lehre zu nehmen und über den eigenen Bedarf hinaus auszubilden. Was damals richtig erschien, um eine Jugendarbeitslosigkeit zu vermeiden, ist allerdings heute durch die Umkehrung der Verhältnisse überholt, und es ist ein ungesunder Zustand, dass die Lehrlingsquote im Handwerk viermal so hoch wie in der Industrie ist.

Lehren aus der Praxis

Man hat inzwischen auch längst erkannt, dass die Ansicht, eine handwerkliche Ausbildung gleich welcher Art sei stets von Vorteil, insbesondere für das spätere Anlernen als Spezialarbeiter in einem Industriebetrieb, durchweg mit der Praxis nicht übereinstimmt. Nur eine kleine Zahl von handwerklichen Berufen, wie Werkzeugmacher, Bauschlosser, Maurer, Zimmerer oder Tischler hat verhältnismässig günstige Aussichten, in verwandte, nicht ausgesprochen berufsfremde und zum Teil gehobene Tätigkeiten im Industriebereich hinüberzuwechseln. Für die Mehrzahl der übergesetzten Handwerksberufe gibt es jedoch diese Chance nicht, und die hierin ausgebildeten jungen Menschen vermehren nur das Heer der ungelerten Arbeiter, wenn sie nicht das Glück haben oder die Energie besitzen, in einen neuen Anlernberuf hineinzukommen. Dabei hat sich überdies herausgestellt, dass die erzwungene Aufgabe des ursprünglich erlernten Handwerksberufes in der Regel mit psychischen Belastungen verbunden ist, die sich lange oder gar dauernd hemmend auswirken, so dass der Berufswechsler

den oft hohen Anforderungen der Spezialarbeit nicht gewachsen ist.

Industrie braucht Spezialkräfte

Andererseits geht die Industrie selbst in zunehmendem Masse dazu über, neue Lehrberufe zu entwickeln, wie beispielsweise den Hüttenmann und den Chemiefacharbeiter. Diese unterscheiden sich von den klassischen Lehrberufen durch eine breite und intensive Grundausbildung so sehr, dass der Wechsel vom Handwerker zu diesen neuen Berufen nur selten in Betracht kommt. Die gegenwärtig in Düsseldorf stattfindende erste Automatisierungsausstellung der Bundesrepublik zeigt darüber hinaus mit aller Deutlichkeit, welche tiefgehende Strukturwandlung im Berufsleben begonnen hat. Die Industrie wird im Laufe dieser neuen technischen Entwicklungsphase immer weniger Hilfsarbeiter und immer mehr Spezialkräfte mit vielseitigem technischen Wissen benötigen. Schon von normalen Reparaturschlossern wird man künftig Kenntnisse der Feinmechanik und der Elektronik verlangen. Dabei wird heute bereits betont, dass eine etwaige Umschulung am Arbeitsplatz selbst für diese erhöhten Anforderungen nicht genügen wird.

Berufliche Umlenkung notwendig

Angesichts dieser Tatsachen müssen die Auswirkungen der übermäßigen Ausbildung nicht verwendbarer Handwerker eindeutig als negativ bezeichnet werden, und zwar nicht nur in wirtschaftlicher, sondern erst recht in sozialer und menschlicher Hinsicht. Ist doch die Berufswahl des jungen Menschen entscheidend für sein ganzes Leben. Eine entsprechende Umlenkung ist nun durchaus möglich, ohne dass Artikel 12 des Grundgesetzes verletzt wird, der die freie Wahl von Beruf, Arbeitsplatz und Arbeitsstätte gewährleistet.

(Aus "Demokratischer Aufbau" der sozialdemokratischen Monatszeitschrift für Nordrhein-Westfalen).

Eine bezeichnende Antwort

sp - Mit der ersten erhöhten Rentenauszahlung wurde den Rentnern von den Postbeamten auch eine Propagandaschrift in die Hand gedrückt. Für diese Schrift zeichnet als Verfasser der Bundeskanzler und der Bundesarbeitsminister Storch. Sie stellen darin die Rentenerhöhung als einen alleinigen Erfolg ihrer Partei dar, obwohl alle Welt weiss, dass es ohne den ständigen Druck der sozialdemokratischen Opposition wohl kaum zur Verabschiedung des Rentengesetzes gekommen wäre. Das mag jedoch in diesem Zusammenhang auf sich beruhen.

Gravierender ist der Umstand, dass diese Rentnerbriefe nicht auf privater Basis verteilt, sondern durch die Postämter bei den Nachzahlungen den Rentnern ausgehändigt wurden. Die Bundesregierung koppelte hier eine gesetzliche Leistung (die Rentennachzahlung) mit reiner Propaganda. Ein solches Verfahren erinnert in peinlicher Weise an die Methoden im Tausendjährigen Reich und an die Praktiken, die heute in russisch besetzten Mitteleuropa an der Tagesordnung sind.

In einer kleinen Anfrage verlangte die SPD-Bundestagsfraktion vom Postministerium Auskunft darüber, welche gesetzlichen Vorschriften ihm das Recht geben, die Auszahlung gesetzlich festgelegter Rentenleistungen mit der Aushändigung von Druckschriften des Presse- und Informationsamtes zu verbinden, ob es bereit sei, in gleicher Weise auch Rundbriefe anderer verteilen zu lassen, um den Grundsatz der Rechtsgleichheit zu wahren, welche Vergütung die Bundespost für die Rundbriefe erhalte, wer sie bezahle und, falls keine Vergütung bezahlt werde, welche gesetzliche Vorschrift das Bundespostministerium ermächtigt, kostenlos Rundbriefe verteilen zu lassen.

Das Bundespostministerium beantwortete die kleine Anfrage mit dem lapidaren Hinweis, die Unterrichtung der Rentner entspreche nach "Form und Inhalt der Bedeutung des Gesetzgebungswerkes" und trage einem berechtigten Interesse der Rentner Rechnung. Diese völlig unbefriedigende "Klarstellung" eines hässlichen Tatbestandes zeigt, welche CDU-Luft in diesem Ministerium weht. Seinem Leiter, dem Bundespostminister Lemmer, ging im früheren Jahren, als er noch einfacher Ab-

geordneter war, der Ruf eines loyalen, für Sauberkeit im öffentlichen Leben eintretenden Mannes voraus. Die Mitgliedschaft im Kabinett Adenauer scheint in dieser Hinsicht nicht ohne nachteilige Wirkung zu sein. Hochmals: solche Methoden entsprechen Praktiken totalitär regierter Staaten, sie sind mit demokratischer Fairness nicht vereinbar. Sie machen Staatsinstitutionen, die für alle da sind und von allen Steuerzahlern bezahlt werden müssen, zu Propagandastellen der Regierungsparteien.

Die Rundschreiben erhielten auch in Berlin wohnende Rentner. Aber in Berlin darf, so wollte es die CDU, am 15. September nicht gewählt werden, um der Bevölkerung einen aufregenden Wahlkampf zu ersparen. Hält man die Berliner für gut genug zum Empfang von CDU-Propagandaschriften, nicht aber für reif genug, gemeinsam mit den bundesrepublikanischen Wählern den dritten Bundestag zu wählen?

* * *

Sozialpolitischer Tiefschlag

ep. Die CDU-Mehrheit des Ausschusses für Sozialpolitik im Bundestag hat am Freitag gegen die Stimmen der SPD eine Grundsatzentscheidung von weittragender Bedeutung getroffen. Die CDU lehnte den Gesetzentwurf der Sozialdemokraten ab, durch den Arbeitern im Krankheitsfall der gleiche Anspruch auf Lohnfortzahlung für die ersten sechs Wochen zugesichert werden sollte wie den Angestellten. Wie erinnerlich, ist diese Frage der Ausgangspunkt des 16-wöchigen Streiks in der Metallindustrie von Schleswig-Holstein gewesen. Damals erklärte Ministerpräsident von Hesse (CDU), die Arbeiter hätten gar nicht notwendig, zu streiken. Im Bundestag liege ein Gesetzentwurf für die Gleichstellung von Arbeitern und Angestellten im Krankheitsfalle vor, und man brauche nur zu warten, bis das entsprechende Gesetz verabschiedet sei. Jetzt hat die CDU im Sozialpolitischen Ausschuss des Bundestages gerade diesen Gesetzentwurf abgelehnt und damit einmal mehr gezeigt, was von den sozialpolitischen Erklärungen ihrer Prominenz zu halten ist. Die SPD wird selbstverständlich im Bundestag ihren Antrag erneut zur Diskussion stellen.

* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel